Persönlicher Bericht zur Israel-Review-Konferenz in Genf (18.-19. April)

von Hanspeter Gysin, Solidarität mit Palästina, Postfach 4005, Basel

Am 18. und 19. April 2009 fand im Genfer Hotel Le Grenil unter dem Titel „Vereint gegen Apartheid, Kolonialismus und Besetzung - Würde und Gerechtigkeit für das palästinensische Volk“, die so genannte Israel-Review-Konferenz statt.

Sie wurde angekündigt als ein „Treffen der Zivilgesellschaft“ und stand unter der Patenschaft des Nationalen Ausschusses der palästinensischen Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionenkampagne (BNC) in Zusammenarbeit mit:

International Coordinating Network on Palestine (INCP), European Coordinating Committee on Palestine (ECCP) und dem International Jewish Antizionist Network (IJAN).

Anlass dieser Konferenz war die Durban-Folgekonferenz der Vereinten Nationen, die vom 20. bis 24. April 2009 in Genf stattfand und die den Titel: „Vereint gegen Rassismus – Würde und Gerechtigkeit für alle“ trug.

Diese Durban Nachfolgekonferenz wurde von Israel, den USA, Kanada, den Niederlanden, Deutschland, Italien, Polen sowie Australien und Neuseeland boykottiert, weil diese verhindern wollten, dass Israel in ihrem Beisein in irgend einen Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen gebracht würde.

Bericht vom Plenum am 18.04.2009

Anwesend waren etwas mehr als 100 Personen aus den USA, Kanada, Grossbritannien (Schottland), Palästina (Israel), Ägypten, Iran, Südafrika, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Spanien (Katalonien), Italien und der Schweiz.

Das Plenum gab sich zur Aufgabe, die Vorwürfe an die Adresse Israels, des Verbrechens der Apartheid, der Kolonisierung, der Besetzung und damit des Rassismus, auf der Grundlage internationaler Verträge und Rechtsprechung zu verifizieren und daraus Schlüsse für eine Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel zu ziehen.

Das Podium (Prof. Virginia Tilley, Cape Town; John Reynolds, Durban; Karine McAllister, Montreal; Mascha Madörin, Basel; Jackie Dugart, Johannesburg; Joseph Schechla, Kairo; Prof. Susan Akram, Boston; Daniel Machover, London; Prof. Bill Bowring, London und Zaha Hassan, Vancouver) bestand aus Juristinnen und Juristen und Expertinnen des internationalen Rechts.

Ist es angebracht, Israel der Apartheid, der Kolonisierung (Vertreibung) und der Besetzung (Unterdrückung) anzuklagen, sind diese Begriffe treffend und gibt es eine Rechtsprechung welche zur Untermauerung herangezogen werden kann?

Der Vorwurf der Apartheid beinhaltet den Vorwurf des Rassismus. Kann im Zusammenhang mit der Politik Israels von Rassismus die Rede sein? Dass die Politik Israels gegenüber den ansässigen Palästinensern (in Israel und in den besetzten Gebieten) ausgrenzend und diskriminierend ist und, dass Nichtjuden in Palästina nicht über identische Rechte verfügen ist nicht von der Hand zu weisen. Die israelische Apartheid ist in ihren Erscheinungsformen zwar nicht mit der südafrikanischen vor ihrer

Abschaffung identisch, jedoch ist klar, dass in Palästina eine Gruppe mit spezifischer und klar definierter Identität (jüdisch-zionistisch), eine Gruppe anderer Identität (arabisch-palästinensisch) durch Gewaltanwendung dominiert. Auch wenn israelische Juden und Palästinenser sich nicht einfach in ein jeweils „rassisches“ Muster einordnen lassen ist der Begriff des Rassismus angebracht. Man kann in Palästina zwar auch von einem Konflikt zwischen (zumeist) „weissen“ (europäischen) Einwanderern (Siedlern) und „schwarzen“ arabischen (arabisch sprechenden) Ansässigen sprechen, doch entscheidend an dieser Trennungspolitik ist, dass die Einwandernden die Ansässigen dominieren und diese Dominanz mit allen Mitteln aufrechterhalten. Untermauern kann man den Vorwurf des Rassismus auch durch zahlreiche dokumentierte Aussagen zionistischer Führungsfiguren und Zweifel darüber können durch die Tatsache ausgeräumt werden, dass die „jüdische Nation“ proklamiert und damit formal als nationale Identität festgehalten wurde und dass die zionistischen Eigentümer dieser „Identität“ durch die ethnischen Säuberungen klar gemacht haben, die „Identität“ und Präsenz der Einheimischen Palästinenser nicht anerkennen zu wollen.

Der Begriff der Apartheid erklärt sich aus der räumlichen Ausgrenzung einer Gruppe in Ghettos, Reservate oder Bantustans. Diese Ausgrenzung ist in Palästina systematisch, wird in den besetzten Gebieten mittels militärischer Gewalt (Strassensperren, Trennmauer, Häuserzerstörungen usw.), in Israel selbst durch eine rechtliche, ökonomische und gezielte raumplanerische (Verweigerung von Baubewilligungen, Enteignungen etc.) sowie gesetzliche Diskriminierung (z.B. Verbot von Familienzusammenführungen, Verweigerung von Wohnsitzrechten) des palästinensischen Bevölkerungsanteils durchgesetzt.

Die Einkesselung und Fragmentierung der besetzten Gebiete kann ohne Weiteres mit den Bantustans des alten Südafrika verglichen werden, mit dem Unterschied, dass die Palästinenser in der Regel die ihnen zugewiesenen Enklaven nicht verlassen können um beispielsweise eine Arbeitstätigkeit ausserhalb des Ghettos nachzugehen. Auch die palästinensische „Autorität“ ist mit den damals vollständig von der dominierenden Macht instrumentalisierten Bantustanverwaltungen vergleichbar.

Von der israelischen Apartheid-Politik betroffen sind nicht nur die Palästinenser in Israel und in den besetzten und militärisch kontrollierten Gebieten, sondern auch die Palästinenser der Diaspora, die Flüchtlinge in den Lagern der Nachbarländer und die in der ganzen Welt zerstreuten, denen das Recht auf Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat verweigert wird. In besonderem Masse betroffen sind ausserdem die etwa 11'000 in Israelischen Gefängnissen, oft in willkürlicher Administrativhaft einsitzenden PalästinenserInnen. Gesamthaft also über 10 Millionen Menschen.

Von der Apartheid südafrikanischer Variante unterscheidet sich die Politik Israels allerdings dadurch, dass Südafrika seine Politik offen deklariert hat und Apartheid formale Doktrin war. Israel bestreitet sogar die offensichtlichste Diskriminierung.

Kolonialismus bedeutet Unterordnung von einheimischen Gruppen und ihres Besitztums unter fremde Herrschaft. Der Begriff Kolonisierung beinhaltet Elemente wie Landnahme, Vertreibung, Unterjochung, Ausbeutung der dominierten Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen. Bis auf die Tatsache, dass seit der Intensivierung des Konfliktes die (billige) palästinensische Arbeitskraft nicht oder wenig mehr ausgebeutet wird, entspricht dieser Begriff der palästinensischen Realität. Nebst der Vertreibung der Enteignung von Land, der Annexion ganzer Gebiete und deren illegalen Besiedelung, werden insbesondere die knappen Naturressourcen das Wasser sowie fruchtbares Ackerland einseitig und in überwiegendem Masse von der Besatzungsmacht ausgebeutet.

Festgestellt wurde ausserdem, das Fehlen jeden Schutzes für die bedrängten Palästinenser. Die Bevölkerung ist, im Unterschied zur israelischen, nicht als Nation anerkannt und kennt keine

Institutionen oder Machtmittel um die Einhaltung der Menschenrechte und den kollektiven Besitz in Palästina selbst zu sichern. Eine Verfolgung der Kriegsverbrecher können sie aus eigener Kraft nicht durchsetzen. Klagen vor verschiedenen Gerichtsinstanzen im „Westen“ könnten, selbst wenn sie pendent bleiben oder abgewiesen werden, einen minimalen Schutz bedeuten. Klagen gegen Israelis die an Kriegsverbrechen beteiligt waren, könnten deren Reisefreiheit, wenigstens für einige Zeit, etwas einschränken, was politische Signalwirkung haben kann. Dass Vorstöße, solche Figuren im Ausland festnehmen zu lassen, bisher nur beschränkt erfolgreich waren (weil die Behörden der mit Israel verbündeten Staaten lieber in propagandistischer Manier 90-jährig Nazis festnehmen, die sonderbarerweise 60 Jahre lang unbehelligt geblieben sind, als israelische Massenmörder zu behelligen), muss ein Ende haben. Auch Firmen, denen man Kollaboration bei der Besetzung und bei Kriegshandlungen nachweisen kann, könnten durch Klagen unter Druck gesetzt werden.

Kriegskriminelle gehören vor ein Gericht und dies zu erreichen ist eine unserer Aufgaben!

Selbstverständlich ist es nicht möglich in der vorliegenden gerafften Form auf die juristischen Details der Erläuterungen einzugehen. Zu gesamten Themenkomplex wurde eine 300-seitige Dokumentation erstellt, welche in etwa einem Monat gedruckt vorliegen wird.

Schlussfolgerung: Die Besetzung (Unterdrückung), Apartheid (Ausgrenzung, Ghettoisierung), die Kolonisierung (Landraub und illegale Besiedlung, Vertreibung) sind gezielte, diskriminierende, rassistisch motivierte Tätigkeiten eines souveränen und damit schuldfähigen Staates, Israel. Die Bewohner der illegalen Siedlungen auf besetztem Gebiet sind allesamt Bürger des Staates Israel mit allen Rechten und Pflichten. Israel wurde als Mitglied in die UNO aufgenommen. Die militärischen Kräfte unterstehen israelischer Gerichtsbarkeit, die israelischen Gerichte einer souveränen parlamentarischen Kontrolle. Alle diese verbrecherischen Tätigkeiten sind überprüf- und nachweisbar und durch verschiedene international gültige Regeln und Konventionen, verboten. Klagen können auf die Menschenrechtskonvention, Beschlüsse des internationalen Gerichtshofs und der UNO und auf Beschlüsse der Internationalen Arbeitsorganisation gestützt werden. Präjudizierende Urteile, beispielsweise gegen die Apartheid, liegen vor und können beigezogen werden.

Bericht vom besuchten Workshop am Morgen des 19.04.2009

Der Workshop war eigentlich eher ein verkleinertes Podium, aber zweifellos von grossem Interesse.

Daran waren beteiligt waren: Kali Akuno, von Malcom X Grassroots, Atlanta; Monadel Herzallah, von US Palestinian Community Network, San Francisco; Mariana Viturro, von St. Peter's Housing Committee und IJAN, San Francisco.

Anwesend waren ca. 70 Personen, darunter eine Delegation von etwa 15 IranerInnen, darunter mehrere Frauen im Tschador, sowie NGO-Vertreter arabischer Länder. Die iranische Gruppe verhielt sich als Gäste und hat nicht versucht dominant in die Diskussion einzugreifen.

Das Motto war: „United Against Racism – den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Zionismus aufbauen.“ Im Zentrum des Workshops stand der Aufbau einer gemeinsamen Kampagne, vor allem in den in den Vereinigten Staaten, die von Kräften der Palästina-Solidarität, antizionistischen Juden/Jüdinnen, MigrantInnen, UreinwohnerInnen sowie antirassistischen und sozialen Bewegungen getragen wird. Die Kampagne sollte drei Ziele haben: die finanzielle Unterstützung der USA an Israel zu stoppen, die BDS-Kampagne zu unterstützen und Islam- und Araberfeindlichkeit zu bekämpfen. Diskutiert wurden die politischen Rahmenbedingungen, Ziel und der Prozess des Aufbaus einer

gemeinsamen antirassistischen und antizionistischen Bewegung. Die Analysen und Erkenntnisse können auch auf europäische Verhältnisse Anwendung finden.

Dass auch Obama, die Durban II-Konferenz boykottiert ist darauf zurückzuführen, dass in den USA weiterhin der militärisch-industrielle Komplex das Sagen hat und erstaunt deshalb nicht. Trotzdem hatte sich, in der Folge von 8 Jahren Bush, in den USA eine schier unglaubliche Hoffnung auf einen Wechsel aufgestaut, ohne die dieser nie zu einem Amt gekommen wäre. Angesichts der Enttäuschung die zweifelsohne Folgen wird, könnten sich diesbezüglich auch der Basisbewegung neue Chancen eröffnen. Palästina ist in der Geschichte des Imperialismus ein exemplarischer Fall und zeigt auf, wie weit der westliche Machtanspruch zu gehen bereit ist. Wir müssen die bisher einzelnen Kampagnen auf einzelnen Fragen zusammenführen und uns über gewisse danach gemeinsam vertretene Inhalte einig werden.

Dabei gilt es Hindernisse zu überwinden. Zionisten besetzen aus taktischen Gründen an vielen Orten und in vielen Institutionen die Menschenrechtsfrage. Die Solidarität mit einer Befreiungsbewegung wird Repressalien, Bespitzelung und Verunglimpfungen nach sich ziehen. Angesichts einer seriösen Beweisführung werden die Zionisten auf die Dauer ihre Pro-Israel-Propaganda nicht aufrechterhalten können.

Nicht beirren lassen dürfen wir uns von vorgetäuschten Friedensprozessen. Nur massiver politischer Druck wird Israel zu gleichberechtigten Verhandlungen mit den Vertretern der palästinensischen Bevölkerung zwingen können.

Bei der Verteidigung des palästinensischen Widerstands ist darauf zu achten, dass dieser ein Widerstand der breiten Bevölkerung ist und Hamas, zwar die stärkste, jedoch nicht die einzige Widerstandsgruppe ist. Auch kennt der Widerstand verschiedene Formen, bewaffnete und unbewaffnete. Es ist nicht Sache der Solidaritätsbewegung, sich in interne Angelegenheiten der Palästinenser einzumischen und spezifische Gruppen zu unterstützen. Unsere Arbeit muss über den Ideologien stehen und darf nicht ausschliessend sein.

Unsere Forderungen müssen sein:

- Vereinter Kampf gegen Rassismus und Zionismus!
- Widerstand gegen die Besatzung, ist berechtigt! Wie Widerstand geleistet werden muss, ist Sache der Palästinenser.
- Palästina braucht Solidarität, nicht Almosen! Solidarity not Charity!
- Die Kernforderungen sind und bleiben: Rückkehrrecht, Selbstbestimmung, Ende der Besatzung!

Unsere Mittel sind, neben der Aufklärung der Öffentlichkeit durch Solidaritätsaktionen aller Art, die Kampagne Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel, bis das gesetzte Ziel erreicht ist.

Hanspeter Gysin, 21.04.2009